

HERAUSFORDERUNG AN EIN INNENPOLITISCHES SICHERHEITSKONZEPT IM RAHMEN DES DEMOKRATISCHEN WANDELS IN TANSANIA

KONRAD TEICHERT ||

Seit seiner Unabhängigkeit ist Tansania als Stabilitätsgarant im ostafrikanischen Raum bekannt und eines der wenigen Länder, die noch nicht die traumatischen Erfahrungen eines Bürgerkriegs durchleben mussten. Die Arusha-Deklaration, bis heute Kerndokument der tansanischen Politik, unterstreicht die Notwendigkeit einer nationalen Einheit und etablierte das säkulare Staatsprinzip.¹ Dies und die sozialistische Vergangenheit Tansanias ermöglichten, dass bis heute das Christentum und der Islam sowie deren Ausübung problemlos nebeneinander existieren konnten. Die über einen langen Zeitraum nicht gefährdete Dominanz der Regierungspartei CCM (Chama Cha Mapinduzi - Partei der Revolution) und der kulturell bedingte hohe Respekt gegenüber Autoritäten bewahrten Tansania insgesamt vor innenpolitischen Konflikten, obwohl Tansania zu den ärmsten Ländern der Welt gehört.² Derzeit rangiert Tansania auf dem *Global Peace Index* auf Platz 55 von 162 Ländern (Stand 2012).³ Dessen Platzierung vernachlässigt jedoch laut kritischen Stimmen aus der tansanischen Zivilgesellschaft Vorfälle aus jüngster Zeit und spiegelt somit die aktuelle Lage nicht zuverlässig wider.⁴ In der Tat haben Entwicklungen in den letzten zwei Jahren einen Trend aufgezeigt, wonach sich die innenpolitischen Rahmenbedingungen in

Tansania sukzessive zu ändern beginnen und latente und unterschwellige Konflikte zunehmend ausbrechen und in das öffentliche Bewusstsein dringen.

Dieser Beitrag umreißt daher die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen und die Rahmenbedingungen, die zu einem erhöhten Anspruch an ein nationales Sicherheitskonzept führen. Da die Polizei grundsätzlich als primärer Sicherheitsakteur im Fokus steht, geht der Artikel anschließend auf ihre Rolle sowie Ansätze ein, um die Herausforderungen an ein Sicherheitskonzept darzustellen.

Gesellschaftliche Umbrüche

Trotz eines konstanten wirtschaftlichen Wachstums seit dem Jahr 2000 von etwa 6-7 Prozent jährlich, das hauptsächlich in den großen Städten und Wirtschaftszentren Daressalam, Mwanza und Arusha stattfindet, leben etwa 70 Prozent der Bevölkerung in den zunehmend ärmer werdenden, vom Wirtschaftswachstum konsequent unberührten ländlichen Regionen. Einer kleinen, vom Wachstum profitierenden Elite steht eine breite arme Bevölkerungsschicht gegenüber. Das junge Durchschnittsalter der Bevölkerung von etwa 18 Jahren lässt eine neue Generation heranwachsen, die mit einem mangelhaften Bildungssystem und

geringen beruflichen Perspektiven konfrontiert wird. Angesichts einer jährlichen Bevölkerungswachstumsrate von etwa drei Prozent und einer durchschnittlichen Inflationsrate von zehn Prozent steht das Land in den nächsten Jahren vor der Herausforderung, die Partizipation der Jugendlichen am Wirtschaftswachstum zu ermöglichen.⁵

Die vorherrschende Korruption wird dabei als eines der größten Hemmnisse für die Entwicklung des Landes wahrgenommen. Insbesondere die Kleinkorruption in Schulen, Krankenhäusern und anderen öffentlichen Einrichtungen behindert eine prosperierende Entwicklung und führt zu einem sinkenden Vertrauen der Menschen in staatliche Einrichtungen. Die zunehmend freier agierende Presselandschaft berichtet verstärkt über das Ausmaß an Korruption. Jedoch erlitt die Meinungsfreiheit einen Rückschlag, als im September 2013 zwei Zeitungen wegen eines Berichts über die Gehaltsstruktur der Regierung und aufhetzender Berichterstattung kurzfristig geschlossen wurden.⁶

Hochpolitisch und in breiten Teilen der Gesellschaft stark diskutiert ist der derzeit durchgeführte Verfassungsreformprozess, welcher für Oktober 2014 die Verabschiedung einer neuen Verfassung anvisiert. Im Zuge der Umsetzung begann im Juli 2012 die dafür eingesetzte Verfassungskommission mit einer Befragung der Bürger aus allen Regionen Tansanias sowie Vertretern der Zivilgesellschaft und politischen Akteuren mit dem Ziel, konkrete Verbesserungsvorschläge als Grundlage für einen überarbeiteten Entwurf einzuholen.⁷ Der partizipatorische Ansatz als urdemokratisches Mittel und dessen bisherige Umsetzung in Tansania verdienen hohe Anerkennung. Der Prozess impliziert eine spürbare politische Sensibilisierung der Bürger; ein Kernelement einer jeden lebendigen Demokratie, die mit einer positiven Erwartungshaltung einhergeht. Diese wird sich auch auf die Regierung übertragen, verfügt sie doch in der verfassungsgebenden Versammlung über eine überwältigende Mehrheit. Ob sie die ge-

weckten Hoffnungen erfüllen kann, bleibt abzuwarten.

Im Rahmen der politischen Diskussion über den Inhalt der neuen Verfassung ist die zukünftige Positionierung Sansibars in der Union Tansanias ein kontroverses und zentrales Thema, das bereits mehrmals in der Geschichte Tansanias Gegenstand politischer Diskussionen war. Der im Mai 2013 veröffentlichte erste Verfassungsentwurf sieht eine Drei-Staaten-Lösung mit zwei relativ autonomen Regierungen für das Festland Tansanias, auch Tanganjika genannt, und Sansibar vor. Beide sollen in einer solchen Form unter einer Unionsregierung zusammengeführt werden. Einen nicht unbedeutenden Einfluss auf die aktuelle Debatte dürften dabei die vermuteten Erdölvorkommen vor der Küste Tansanias haben, die Sansibar für sich beansprucht. Da Sansibar wirtschaftlich vom Festland abhängig ist, liegt es nahe, zu vermuten, dass die Aussicht auf finanzielle Unabhängigkeit politisch motivierend wirkt. Das Wissen um diese Entwicklungen ist wichtig, um die Hintergründe zu verstehen, weshalb die Zivilgesellschaft vermehrt die Einhaltung demokratischer Grundsätze einfordert. Insbesondere vor dem Hintergrund der Diskussion um die Stellung Sansibars haben sich in den vergangenen zwei Jahren Gewaltausbrüche mit religiösem Hintergrund gemehrt.

Einen generellen Überblick über die aktuellen Entwicklungen zur inneren Sicherheit im Land ermöglicht der im Mai 2013 veröffentlichte Menschenrechtsbericht der tansanischen NGO *Legal & Human Rights Centre*.⁸ Das Dokument stellt eine tendenzielle Verschlechterung der Sicherheitslage und eine Zunahme von Menschenrechtsverletzungen sowie Gewaltbereitschaft bei zivilen und staatlichen Akteuren fest. Konkret fasst der Bericht den gesellschaftlichen Trend im Jahr 2012 wie folgt zusammen:

- Außergerichtliche Tötungen: 31 Menschen starben durch exzessive Polizeigewalt

- Neun Polizisten wurden bei gewaltsamen Ausschreitungen getötet
- Einschränkung der Versammlungsfreiheit, die dazu führte, dass 16 Menschenrechtsaktivisten inhaftiert wurden
- Einschränkung der Medienfreiheit, wie die Schließung der Mwanahalisi-Zeitung aufgrund des Vorwurfs der Volksverhetzung
- Die Politik setzt Kinder sowie gewaltsame Sprache vermehrt zu Wahlkampfzwecken ein
- Offiziellen Statistiken zufolge wurden im Jahr 2012 insgesamt 6.046 Fälle von Vergewaltigung und häuslicher Gewalt festgehalten, wobei die Dunkelziffer weitaus höher liegen könnte.

Das Legal & Human Rights Centre nimmt im Bericht auch Bezug auf die vorherigen Jahresberichte zur Lage der Menschenrechte in Tansania und stellt fest, dass der Trend sich zunehmend verstärkt, was einhergeht mit einer steigenden Unzufriedenheit innerhalb der Gesellschaft über die Entwicklung Tansanias.

Als Indikatoren hierfür können die im Jahr 2012 erstmals und zudem landesweiten durchgeführten Streiks von Ärzten und Lehrern angeführt werden. Der im Januar begonnene Generalstreik der Ärztereinigung Medical Association of Tanzania (MAT) bekam nach seiner Beendigung im Juni eine besondere Brisanz. Die MAT sah die von staatlicher Seite akzeptierten Forderungen als nicht erfüllt an und kündigte als Konsequenz einen erneuten Streik an. Dieser fand bereits vor seinem Beginn ein abruptes Ende, als der streikanführende Arzt Dr. Stephan Ulimboka am 26. Juni im Zuge seiner Entführung massiv gefoltert wurde und seine Verletzungen nur knapp überlebte. Die Zeitung Mwanahalisi berichtete in ihrer Ausgabe vom 25. Juli 2012, dass ihnen vorliegende Beweise die Involvierung von Mitarbeitern des *State House* vermuten ließen.⁹ Die Zeitung wurde

darauffin unter Verweis auf Volksverhetzung geschlossen.

Der oberste Gerichtshof befand den im August 2012 durchgeführten Streik der Lehrgewerkschaft für illegal, welcher dadurch beendet werden musste.¹⁰

Ein weiterer, die Medien beherrschender Fall ereignete sich in der Region Mtwara im Süden von Tansania. Der Minister für Energie und Ressourcen, Prof. Muhongo, stellte die Pläne der Regierung zur Erdgasförderung in Mtwara am 22. Mai 2013 im Parlament vor. Aus Wut, dass wegen des geplanten Baus einer Pipeline lediglich die Region um Daressalam von der Förderung profitieren würde, griffen die Einwohner am selben Tag gezielt Regierungsgebäude und Privathäuser von Abgeordneten an. Der darauf folgende Polizeieinsatz zur Beendigung der Unruhen wurde, so der Vorwurf der Bevölkerung, mit übertriebener Härte durchgeführt.¹¹ Allgemein werden für den unerwarteten zivilen Ausbruch der Gewalt mehrere Ursachen angeführt, die symptomatisch für die Entwicklung des Landes sind: andauernde Stromknappheit, ausstehende Zahlungen an Cashewnuss produzierende Landwirte, dessen Handel staatlich organisiert wird, Verteuerung der Lebensmittelpreise, schlechte Ernten und ein bereits im Januar erfolgter Zusammenstoß zwischen der Polizei und Boda-Boda-Fahrern (Motorräder, die als Taxis fungieren), der zu neun Toten führte.¹² Das resultierende Misstrauen in der Region Mtwara gegenüber der Polizei führte schließlich zu der Entscheidung der Regierung, der tansanischen Armee in der Region zur Unterstützung der Polizei einen Auftrag zur Sicherung der inneren Sicherheit zu übertragen.

Demokratischer Wandel als innenpolitisches Spannungsfeld

Der demokratische Entwicklungsprozess stellt in Tansania ein politisches Spannungsfeld dar. Die seit der Unabhängigkeit amtierende Regierungspartei CCM sieht sich seit dem Jahr 2010 mit zwei etablierten

Oppositionsparteien konfrontiert, wobei die Civic United Front (CUF) in Sansibar eine Koalitionsregierung mit der CCM eingegangen ist und vor dem Hintergrund Sansibars eine Sonderrolle einnimmt. Bei den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2010 gewann die Oppositionspartei Chama cha Demokrasia na Maendeleo – Partei für Demokratie und Fortschritt (CHADEMA) deutlich hinzu (47 der 357 Sitze), sodass sie dadurch ihre Rolle als Kontrollinstanz der Regierung wirkungsvoller wahrnehmen kann. Im Demokratisierungsindex von The Economist stieg Tansania im Jahr 2012 daher auf Platz 81, während es im Jahr 2010 noch auf Platz 92 eingestuft wurde.¹³ Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Übergang zu einer lebendigen Demokratie nach knapp 50-jähriger Dominanz durch die Regierungspartei konfliktfrei stattfindet. Eine besondere Dynamik erhält das Spannungsfeld durch den Umstand, dass die neue Generation insbesondere in den Städten nach einem politischen Wandel zu streben scheint. So rekrutiert sich eine Vielzahl der Anhänger CHADEMAs aus dieser Zielgruppe.

Der sich andeutende sukzessive Verlust der CCM-Dominanz geht mit zunehmenden innenpolitischen Konflikten einher. So wirft die CHADEMA der Regierungspartei eine Benachteiligung im Parlament und Repressionen durch Staatsorgane – allen voran durch die Polizei – vor. Die Oppositionspartei kritisiert die Polizei dahingehend, dass diese vor allem in Konfliktsituationen regierungstreu handle und in vorauseilendem Gehorsam zu energisch gegen vorgeworfene Verstöße vorgehe. Die Liste der gewaltvollen Zusammenstöße zwischen der CHADEMA und der Polizei ist lang. Die damit verbundenen Vorwürfe reichen von Diskriminierung bis hin zu gezielter Tötung bzw. Verschleierung von Straftaten gegen die Oppositionspartei.¹⁴

Als jüngstes Beispiel für die politische Spannung im Land kann der Bombenanschlag vom 15. Juni 2013 während einer Wahlkampfveranstaltung am Vorabend der

Wahlen zur Nachbesetzung von 26 lokalen Mandaten in der Region Arusha, einer Hochburg von CHADEMA, angeführt werden. Dabei kamen drei Kinder sowie die Vorsitzende des CHADEMA-Frauenverbands in Arusha ums Leben, mehr als 60 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Präsident Kikwete verurteilte den Anschlag umgehend und sandte seine Beileidsbekundungen an die Angehörigen der Toten und Verletzten. Der *Inspector General of Police (IGP)*, Said Mwema, kündigte am darauffolgenden Tag landesweite intensive Ermittlungen an, um die Schuldigen festzunehmen, die bisher noch nicht abgeschlossen sind. Am zweiten Tag nach dem Anschlag schlug die politische Stimmung jedoch um. Vertreter von Regierung und Opposition konfrontierten sich nun gegenseitig mit schweren Vorwürfen und machten jeweils die andere Seite für den Anschlag verantwortlich.¹⁵

Im Hinblick auf die anstehenden landesweiten lokalen Wahlen Ende 2014 und die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen Mitte 2015 sowie auf die bereits jetzt bestehenden Konfliktlinien, kann man nur hoffen, dass die Protagonisten sich ihrer Verantwortung bewusst sind.

Religiös motivierte Gewalt nimmt zu

Diese für Tansania neue Dimension der Gewalt flammte nahezu zeitgleich mit der Diskussion um die Stellung Sansibars auf. Einem ersten Gewaltakt auf Kirchen in Sansibar im Mai 2012 folgten weitere Ausschreitungen in Daressalam im Oktober. Medienberichten zufolge war der Auslöser eine Diskussion zwischen zwei Jugendlichen über Religion, in dessen Verlauf ein Dreizehnjähriger auf den Koran urinierte. Der Vorfall verbreitete sich schnell und führte zu Gewaltausschreitungen und Übergriffen auf fünf Kirchen in Daressalam. Der Vorfall führte in kürzester Zeit zu weiteren Übergriffen auf christliche Einrichtungen in anderen Teilen des Landes. Die Liste der Gewalttaten mit religiösem Hintergrund wird seitdem immer länger. Nach einem Säureattentat

auf den Sekretär des Muftis von Sansibar im November 2012 – das Opfer, Sheikh Soraga, ist ein bekannter Befürworter des interreligiösen Dialogs – folgten weitere Attentate im Dezember 2012 und im Februar 2013 in der Region Geita, südlich des Viktoriasees, auf zwei katholische Priester.¹⁶ Im letzteren Fall konnten die aufgebrachten Christen von der Polizei davon abgehalten werden, eine Moschee mit etwa 700 geflüchteten Muslimen in Brand zu setzen. Es folgte ein Sprengstoffanschlag auf eine katholische Kirche in Arusha am 5. Mai 2013. Eine Aufklärung der Straftaten verlief bisher schleppend und ergebnislos. Die christlichen Gemeinschaften halten sich noch mit einer Kommentierung der Vorfälle zurück, um die Situation nicht zu verschärfen.

Mit den Gewaltausbrüchen auf Sansibar wird oftmals die islamische Umasho-Bewegung¹⁷ (Suaheli: Erwachen) in Verbindung gebracht.¹⁸ Offizielle Zielsetzung von Umasho ist die vollständige Autonomie Sansibars und die Verbreitung des islamischen Glaubens. Sie weist jegliche Involvierung in die Gewalttaten von sich und verneint auch die Zielsetzung, in Sansibar einen islamischen Staat errichten zu wollen. Dennoch wird sie von höchsten Regierungsvertretern kritisch beäugt und als ernst zu nehmender Akteur wahrgenommen. Brisant sind auch Konfrontationen zwischen dem radikal-islamischen Prediger Sheikh Ponda Issa Pond, seinen Anhängern und den staatlichen Sicherheitsorganen auf dem Festland. Der islamistische Prediger, der massive Kritik an der Regierungspolitik übt, setzt sich für eine neue Islamisierung der Gesellschaft ein und fordert, gesellschaftliche Rahmenbedingungen entsprechend dem muslimischen Glauben zu definieren. Dies führte zu seiner nicht kritikfreien Verhaftung am 10. August 2013 anlässlich des Vorwurfs der Volksaufhetzung. Die Festsetzung wird von seinen Anhängern als ein Angriff auf alle Muslime verstanden. Entsprechend fallen die Reaktionen und Vorwürfe an die Regierung aus.¹⁹

Die Anhäufung der Vorfälle in kürzester Zeit ist besorgniserregend und droht das bisher viel gerühmte friedliche religiöse Miteinander aufzubrechen. Die Polizei sieht sich hier mit einer ernstzunehmenden Bedrohung der inneren Sicherheit konfrontiert, dessen Lösung wohl eher politischer Natur ist. Diese scheint jedoch kurzfristig nicht in Sicht zu sein, solange die Diskussion um die Stellung Sansibars in der neuen Verfassung nicht einvernehmlich beendet wird.

Tansanische Polizei als Sicherheitsakteur

Die eben dargelegten Entwicklungen – Erstarken der Opposition, steigende Unzufriedenheit von gesellschaftlichen Gruppierungen, religiös bedingte Gewalt – stellen die Polizei vor neue, unbekannte Herausforderungen. Hinzu kommen unter anderem verstärkter Drogenhandel²⁰ und exzessiver Elfenbeinschmuggel,²¹ die mit der hohen Korruption im Land einhergehen. Anbetracht dieser Rahmenbedingungen sind die Anforderungen an ein Sicherheitskonzept des staatlichen Handelns, insbesondere an die Polizei, hoch.

Wie in vielen anderen afrikanischen Staaten sind die Ursprünge der formalisierten tansanischen Polizeiarbeit in der Kolonialzeit zu finden. Die Polizei hatte primär die Aufgabe, die Kolonialherren zu schützen. Nach der Unabhängigkeit Tanganjikas im Jahr 1961 wurden die kolonialen Strukturen weitgehend übernommen. Lediglich das Personal wurde ausgewechselt. Die Probleme Tansanias nach der Unabhängigkeit traten in ähnlicher Form in fast allen ehemaligen Kolonien Afrikas auf. Eine demokratische Tradition im Sinne einer repräsentativen, parlamentarischen Demokratie kannten die neuen Staaten kaum. So wurden autoritäre, paternalistische und dirigistische Traditionen in die neuen Staaten überliefert. Diese für einen Rechtsstaat gefährlichen Traditionen zeigten sich insbesondere in der Tätigkeit der Polizeikräfte. So wird berichtet, dass die Polizei bei der Durchsetzung der

sogenannten Ujamaa-Politik des ersten tansanischen Präsidenten Julius Nyerere behilflich war und sich in diesem Zusammenhang bei der zwangsweisen Umsiedlung und Verstaatlichung allein auf die Befehle des Präsidenten beriefen: „This is Nyerere's order“.²² Im Jahr 1975 wurde die Polizei durch eine Ergänzung in der Verfassung sogar offiziell unter die direkte Kontrolle der Partei gestellt.²³ Dies schlug sich bis heute in der Wahrnehmung der Polizei durch die Bevölkerung nieder, welche der Polizei nur ein sehr geringes Vertrauen entgegen bringt. Daniel Scher von der Princeton University, welcher sich anlässlich des im Jahr 2006 begonnen Reformprogramms der tansanischen Polizei des Themas annahm, fasst dies folgendermaßen zusammen:

„Tanzanians viewed the police as corrupt, ineffectual and more likely to make a situation worse than to keep the peace.“²⁴

Diese Einschätzung geht mit dem *East African Bribery Index 2012*, welcher die tansanische Polizei als die für Korruption anfälligste staatliche Organisation in Tansania ausweist, einher.²⁵

Unter Präsident Jakaya Kikwete, welcher im Jahr 2005 als Reformpräsident ins Amt gewählt wurde, setzte ein massiver Personalwechsel auf der obersten Ebene der tansanischen Polizei ein. Der auch jetzt noch amtierende IGP, Said Mwema, wurde vom Präsidenten im März 2006 an die Spitze der Tanzania Police Force (TPF) berufen und verfolgte in diesem Sinne umfangreiche Reformen. Auf sein Bestreben wurde das *TPF Reform Program* verabschiedet, welches die anvisierten Modernisierungen in eine institutionalisierte und kohärente Form fasste. Im Ergebnis wurde die Reform auf drei Säulen gestellt: Neben den Schwerpunkten der Professionalisierung und Modernisierung wurde der *Community Policing*-Ansatz als Konzept einer bürgernahen Polizei definiert.

Das Modernisierungskonzept umfasst die Bereiche Infrastruktur, Personal, Ausstattung und Informations- sowie Kommunikationstechnologie.²⁶ Die Fortbildung wurde – soweit finanziell möglich – intensiviert und das Thema Menschenrechte sowohl in die Grundausbildung von Beamten als auch in Fortbildungsprogramme integriert.

Eine Aktualisierung und Anpassung an die Anforderungen einer modernen Polizei im 21. Jahrhundert und an die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen der sog. *General Police Orders*, der Verwaltungsvorschriften für die Polizei, professionalisierte die Arbeit zunehmend. Die TPF verfügt mit nunmehr einem *Code of Ethics*, einem *Client Service Charter Commitment* sowie einer Formulierung ihres Mandates über gleich drei übergeordnete Handlungsanweisungen bzw. Leitbilder, in denen die Ziele des Reformprogramms für die rund 40.000 aktiven Polizeibeamten zusammengefasst werden. Es mag daher nicht überraschen, dass die tansanische Polizei dank ihres Reformprozesses mehrmals punktuelle Unterstützung von internationalen Gebern erhalten hat.

Grundsätze von TPF²⁷

„As a law enforcement officer, my fundamental duty is to serve mankind; to safeguard lives and property to protect the innocent against deception, the weak against violence or disorder; to respect the Constitutional Rights of all men to liberty, equality and justice.“

„The TPF will consistently provide the highest degree of professional police services to our community. The TPF is committed in reducing crime and improving the quality of life for our community, through technology, training and professional management. We stand ready to confront any law enforcement task. It is our hope that interaction with the people and the TPF is both positive and productive.“

Auf dem Papier weist Tansania damit eine deutliche Abkehr von der bereits aufgezeigten historisch tradierten Auffassung von Polizei auf und bekennt sich zu den allgemein anerkannten Grundsätzen moderner Polizeiarbeit. Dies geht mit der Tatsache einher, dass sich Tansania ausdrücklich zur Demokratie bekennt und den Schutz der Menschenwürde als Staatsziel nennt. Mit dem *TPF Reform Program* und den grundlegenden verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen weist Tansania somit alle formalen Voraussetzungen auf, das Reformprogramm erfolgreich umzusetzen.

Ansatz einer bürgerfreundlichen Polizei als Bestandteil des Sicherheitskonzepts

Kernelement der angestrebten Entwicklung hin zur bürgernahen Polizei ist der *Community Policing-Ansatz*. Das Konzept wird in Tansania in der Praxis eher als ein technisch orientiertes statt inhaltlich bestücktes Sicherheitskonzept verstanden, welches vorsieht, die Zivilgesellschaft als Sicherheitspartner einzubinden, um die Aufgaben der chronisch unterbesetzten Polizei bewältigen zu können. Es handelt sich hierbei um einen Ansatz, der die Änderung der Organisationskultur hin zu einer modernen Polizei bedingt, die auch den einfachen Polizisten einschließen muss.

Das Konzept ist der Bevölkerung hauptsächlich in Form der sogenannten *Neighbourhood Watchgroups* (Polisi jami) bekannt. Inoffiziell geht man landesweit von über 3.500 zivilen Sicherheitsgruppen aus, deren Aufgabe es ist, in Zusammenarbeit mit der Polizei in ihrem Stadtteil oder Dorf zu patrouillieren und gegebenenfalls einzuschreiten, um Straftaten zu verhindern. Historisch sind die *Neighbourhood Watchgroups* aus den sogenannten *Sungu-Sungu-Gruppen* entstanden. Insbesondere in ländlichen Gegenden hat sich die Bevölkerung lokal und zivil organisiert, um sich aufgrund mangelnder Polizeipräsenz vor Kriminellen zu schützen. Diese Gruppen sind historisch gewachsen, beruhen auf dem Verfassungs-

prinzip des Selbstschutzes und dem gemeinsamem Schutz des Eigentums und sind daher innerhalb der Gesellschaft akzeptiert. Die Einbindung von zivilen Sicherheitsgruppen in die Polizeiarbeit erfolgt in der Realität nicht immer problemlos, so werden Kompetenzüberschreitungen wie die ungerechtfertigte Forderung von Bußgeldern beklagt, die letztlich in ein Bestechungsgeld münden.

Weitere hervorzuhebende Ansätze sind *Safari Salama* (Swahili: Gute Reise), welche eine Zusammenarbeit mit dem Bürger zur Steigerung der Verkehrssicherheit im Fokus hat, oder *Boda-Boda*, welche die Polizei bei der Beobachtung von Straftaten unterstützen soll. Zivilisten unterstützen zudem die Verkehrsregulierung an weniger bedeutenden Verkehrspunkten, angelehnt an das Konzept des Schülerlotsen. Offenheit zeigt die Polizei zudem, indem sie alle Mobiltelefonnummern der leitenden Polizeibeamten veröffentlicht und die Bürger auch dazu animiert, diese Nummern für Beschwerden zu nutzen.

Es wurde eine *Integrity Unit* geschaffen, die eigens für die Aufarbeitung von Korruptionsfällen innerhalb der Polizei verantwortlich ist. Jedoch ist das Phänomen zu komplex, als dass dies ausreichend erscheint, effektiv gegen dieses Verhalten vorzugehen. Zudem wurden innerhalb der Polizeistationen landesweit *Gender Desks* eingerichtet. Polizistinnen stehen somit als Ansprechpartnerinnen zur Verfügung, um Gewalt gegen Frauen und Kinder direkt aufzuarbeiten und zu verfolgen. Zumeist in Personalunion gibt es in jedem Distrikt Tansanias einen *Community Policing Officer*, welcher als Kontaktperson für die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und Zivilgesellschaft verantwortlich ist.

Zahlreiche Publikationen zum Thema *Community Policing* und Bürgerrechte – leider mit geringem Bekanntheitsgrad –, die sich inhaltlich an die Grundsätze einer modernen und demokratischen Polizei orientieren und sehr überzeugend den Inhalt der

anvisierten Reformen vermitteln, wurden bis heute veröffentlicht. Insofern wird das Konzept in diesen Bereichen umgesetzt und kann erste Erfolge in Richtung einer bürgerfreundlichen Polizei vorweisen.

Projekte der HSS

In Tansania ist die Zusammenarbeit mit der tansanischen Polizei ein Schwerpunkt unserer Projektarbeit. Das 2006 initiierte Reformprogramm zielt darauf ab, eine moderne, professionelle und bürgerfreundliche Polizei zu etablieren. Die Hanns-Seidel-Stiftung unterstützt diese Reformbemühungen der tansanischen Polizei (TPF) hin zu mehr Bürgernähe. Kernelement ist das Konzept des Community Policing. Im diesem Rahmen unterstützt das Projekt Capacity Building-Maßnahmen. So wurde das Handbuch, welches Handlungsrichtlinien für die verantwortlichen Polizisten für den Gender-Desk beinhaltet, mit Hilfe der Hanns-Seidel-Stiftung erstellt. Aktuell unterstützte das Projekt den Druck von Büchern, in welchen die tansanische Polizei den Schutz von Kindern und die Beachtung ihrer Rechte fordert sowie Gewalt in der Familie thematisiert.

Anspruch und Wirklichkeit

Der schlechte Ruf der Polizei steht im Gegensatz zu den selbsternannten Zielsetzungen. Die augenscheinlich hohe Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit drängt daher die Frage nach dem Weshalb auf. Sucht man nach Gründen, so stößt man zunächst auf einen nicht ausreichenden Finanzhaushalt der Polizei. Direkte Folgen sind schlechte Ausstattung und niedrige Löhne. Die Erhöhung der Gehälter könnte jedoch ein adäquates Mittel sein, um effektiv die vorherrschende Korruption zu bekämpfen. Da das Reformprogramm ein verbessertes Image der Polizei impliziert, ist der Bereich Korruption eines der größten Hindernisse zur Umsetzung des Community-Policing-Ansatzes.

Die geringe Anzahl von etwa 40.000 Polizisten für über 44 Millionen Tansanier zeigt auf, dass infolgedessen extreme Kapazitätsdefizite vorherrschen. Polizeigebäude befinden sich in eher im schlechtem Zustand und es ist keine Seltenheit, dass dem Bürger mitgeteilt wird, dass ein Polizeieinsatz nur schwer möglich ist, da schlichtweg kein Geld für die Betankung der Polizeifahrzeuge vorhanden ist. Die Modernisierung wurde allerdings verstärkt und die Ausstattung der Polizei erfuhr angesichts der aktuellen Situation einer langsam zunehmenden Verbesserung.

Zudem kann man zugestehen, dass der Reformprozess noch zu jung ist, um eine Änderung der Organisationskultur zu bewirken, insbesondere in Anbetracht der Historie der tansanischen Polizei. Die meisten Polizisten in Führungspositionen sind in einer weniger modernen Polizeikultur aufgewachsen und das Konzept einer Polizei als Dienstleister ist ihnen eher neu. Dass sich gerade im öffentlichen Dienst gewisse Kräfte entfalten, die sich einer Reform widersetzen und die althergebrachten Denk- und Arbeitsstrukturen zu gefährden scheinen, ist kein neues und erst recht kein rein tansanisches Phänomen.

Es ist nachvollziehbar, dass dies zudem zur Resignation bei Reformern innerhalb der Polizei führen kann. Darüber hinaus bleibt die zukünftige Ausrichtung der Reformbestrebungen angesichts der bevorstehenden Pensionierung des „Vaters“ des Reformprogramms, IGP Mwema, eher vage. Betrachtet man die öffentliche Meinung zum Konzept, so ist es eine wichtige Erkenntnis, dass oftmals die Nachbarschaftswache von vielen Tansaniern mit *Community Policing* gleichgesetzt wird.

Hier gibt es noch viel Raum für Vermittlung und Aufklärung über den Ansatz von *Community Policing* und das anvisierte Konzept der Reform an sich.

Vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklungen in Tansania ist das Reformprogramm mit seinem neuen Sicherheitskonzept sicherlich sehr zu begrüßen. Der Bedarf einer Unterstützung der Reformbemühungen der Polizei bleibt weiterhin groß, damit sie ihre originären Aufgaben gemäß ihren neuen Leitlinien professionell im Sinne einer modernen und unabhängigen Polizei erfüllen kann.

|| KONRAD TEICHERT M.A.

Büroleiter Daressalaam

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. The Arusha Declaration, 5. Februar 1967, URL <http://www.marxists.org/subject/africa/nyerere/1967/arusha-declaration.htm> [24.10.2013].
- 2 Vgl. UNDP: Human Development Index (HDI) 2013: Tansania rangiert auf Rang 152 von 186, URL <http://hdr.undp.org/en/reports/> [24.10.2013].
- 3 Vgl. Global Peace Index 2012 URL <http://www.visionofhumanity.org/#/page/indexes/global-peace-index> [24.10.2013].
- 4 Vgl. Kimboy, Frank (2013): Tanzania tops peace list in East Africa amid uncertainty, in: The Citizen, 24. Juni 2013, URL <http://www.thecitizen.co.tz/News/Tanzania-tops-peace-list-in-E-Africa-amid-uncertainty/-/1840392/1893390/-/uxy6y6/-/index.html> [24.10.2013].
- 5 Vgl. Weltbank (2013): Datenbank URL <http://www.data.worldbank.org/country/tanzania> [24.10.2013] und Trading Economics (2013): Datenbank URL <http://de.tradingeconomics.com/tanzania/gdp-growth-annual> [24.10.2013].
- 6 Vgl. Sabahi (2013): Tanzania suspends 2 newspapers for 'seditious articles', URL http://sabahionline.com/en_GB/articles/hoa/articles/newsbriefs/2013/09/30/newsbrief-04 [24.10.2013].
- 7 Der Leiter der Kommission, Richter Joseph Warioba, berichtete nach Beendigung der Befragungen von über 1 Mio. Einzelmeinungen.
- 8 Vgl. Legal & Human Rights Centre (2012): Tanzania Human Rights Report 2012, URL <http://www.humanrights.or.tz/reports> [24.10.2013].
- 9 Vgl. Kubenea, Saed (2012): Aliyemteka Ulimboka huyu hapa, in: Mwanahalisi, 25. Juli 2012, URL <http://www.mwanahalisi.co.tz/node/2968> [24.10.2013].
- 10 Vgl. Onyango, Emmanuel: TTU suspends teachers` strike, in: The Guardian, 4. August 2013, URL <http://www.ippmedia.com/frontend/?l=44399> [24.10.2013].
- 11 Vgl. Msuya, Elias: Could Mtwara chaos have exposed police brutality, impunity? in: The Citizen, 3. Juni 2013, URL <http://www.thecitizen.co.tz/News/Could-Mtwara-chaos-have-exposed-police-brutality--impunity/-/1840392/1870722/-/biesdh/-/index.html> [24.10.2013].
- 12 Vgl. Msuya, Elias: Tanzania: Extrajudicial Killings, Mob Violence On Rise in Tanzania, in: The Citizen, 12. August 2013, URL <http://www.thecitizen.co.tz/News/Could-Mtwara-chaos-have-exposed-police-brutality--impunity/-/1840392/1870722/-/biesdh/-/index.html> [24.10.2013].
- 13 Vgl. The Economist (2012): Demokratisierungsindex 2012, URL http://graphics.eiu.com/PDF/Democracy_Index_2010_web.pdf [24.10.2013].
- 14 Vgl. Reith, Stefan (2012): Die Repression in Tansania nimmt zu – Opposition, Medien und Menschenrechtsgruppen in großer Sorge, KAS-Länderbericht, September 2012, URL http://www.kas.de/wf/doc/kas_32112-1522-1-30.pdf?120925110420 [24.10.2013].
- 15 Vgl. Reith, Stefan/ Bergmann, Danja (2013) „Bombenanschlag auf Oppositionspartei überschattet Lokalwahlen in Tansania“, KAS-Länderbericht, 25. Juni 2013, URL http://www.kas.de/wf/doc/kas_34826-1522-1-30.pdf?130626121932 [24.10.2013].
- 16 Vgl. States Department of State (2013): 2012 Report on International Religious Freedom, Tanzania, S. 6f, URL <http://www.state.gov/documents/organization/208416.pdf> [24.10.2013].
- 17 Für die Zielsetzung der Uamsho-Bewegung vgl. <http://uamshozanzibar.wordpress.com/> [24.10.2013].

- 18 Vgl. D.H.: Violence in Zanzibar - Acid attack, 10. August 2013, URL <http://www.economist.com/blogs/baobab/2013/08/violence-zanzibar> [24.10.2013].
- 19 Vgl. Bergmann, Danja: Aufruhr im Paradies: Religiöse Spannung auf Sansibar, KAS-Länderbericht, 26.08.2013, URL http://www.kas.de/wf/doc/kas_35267-1522-1-30.pdf?130828175536 [24.10.2013].
- 20 Vgl. Correspondent: Drug trade: Is Tanzania trying to get blacklisted?, IPP-Media, 31. Juli 2012, URL <http://www.ipp-media.com/frontend/index.php?l=44275> [24.10.2013].
- 21 Vgl. The Citizen: Ivory smugglers are economic saboteurs, in: The Citizen, 9. September 2013, URL <http://www.thecitizen.co.tz/oped/Ivory-smugglers-are-economic-saboteurs/-/1840568/1984940/-/h45m2tz/-/index.html> [24.10.2013].
- 22 Vgl. Meredith, Martin (2011): The Fate of Africa – A History of the Continent Since Independence, S. 255.
- 23 Vgl. Commonwealth Human Rights Initiative (2006): The Police, the People, the Politics: Police Accountability in Tanzania, 2006, S. 5, URL http://www.humanrightsinitiative.org/publications/police/tanzania_country_report_2006.pdf [24.10.2013].
- 24 Vgl. Scher, Daniel: Restoring Police Service with a Community Vision: Tanzania 2006-2009, S. 1., URL www.princeton.edu/successfulsocieties/content/data/policy_note/PN_id123/Policy_Note_ID123.pdf [24.10.2013].
- 25 East Africa Bribery Index Report 2012, – Transparency International–Kenya, S.34ff, <http://tikenya.org/index.php/more-links/publications/corruption-surveys/east-africa-bribery-index#> [24.10.2013].
- 26 Vgl. Tanzania Police Force Reform Program – Medium Term in Strategy 2010/11 – 2014/15 Phase 1, Volume 1, S. 3.
- 27 Ebd.